

Information zur Datenerhebung und -verarbeitung nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Kontaktdaten des Verantwortlichen	Stadt Bietigheim-Bissingen vertreten durch den Oberbürgermeister Jürgen Kessing Postanschrift: Marktplatz 8, 74321 Bietigheim-Bissingen E-Mail: stadt@bietigheim-bissingen.de Telefon: 07142/74-0
Kontaktdaten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten	E-Mail: datenschutzbeauftragte@komm.one Telefon: 0711/810814444
Zweck der Verarbeitung und Rechtsgrundlage	Das Standesamt erhebt Ihre Daten zum Zweck der Beurkundung eines Personenstandsfalles, wie Geburt, Eheschließung, Sterbefall, sowie Namensklärungen, Vater- oder Mutterschaftsanerkennungen, öffentliche Beurkundungen usw. Die Datenerhebung und -verarbeitung ist für die Beurkundung des Personenstandsfalles erforderlich und beruht auf Artikel 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO. Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich u.a. aus dem Personenstandsgesetz, der Personenstandsverordnung, der Durchführungsverordnung des Landes Baden-Württemberg zum Personenstandsgesetz.
Dauer der Speicherung	Dauer der Speicherung: Gemäß § 5 Absatz 5 des Personenstandsgesetzes werden die Daten in den Personenstandsregistern wie folgt gespeichert: Eheregister und Lebenspartnerschaftsregister: 80 Jahre Geburtenregister: 110 Jahre Sterberegister: 30 Jahre nach Ablauf dieser Fristen werden die Daten dem zuständigen Archiv zur Übernahme angeboten.
Empfänger der personenbezogenen Daten	Standesamt Bietigheim-Bissingen Die Standesämter sind durch Rechtsvorschriften (insbesondere <u>§§ 57 bis 64 PStV</u>) verpflichtet, personenbezogenen Daten unter bestimmten Voraussetzungen an andere öffentliche Stellen weiterzugeben.
Gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten und mögliche Folgen der Nichtbereitstellung	Sie sind gemäß §§ 9 und 10 des Personenstandsgesetzes in Abhängigkeit vom Personenstandsfall verpflichtet, die vom Standesamt angeforderten Daten anzugeben. Andernfalls kann die beantragte Amtshandlung nicht vorgenommen werden.

Ihre Betroffenenrechte

Sie haben das Recht,

- eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 EU-DSGVO aufgeführten Informationen
- unverzüglich die Berichtigung der Sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 EU-DSGVO)
- zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 EU-DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft
- die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 EU-DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist
- aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen (Art. 21 EU-DSGVO)
- sich beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart; Tel: 0711/615541-0; E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de) zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die EU-DSGVO oder das LDSG verstößt (Art. 77 EU-DSGVO).